

# Geplanter Schotterabbau sorgt weiter für Aufregung

Bei der Behördenverhandlung machten die Anrainer in Grünberg ihre Ablehnung deutlich. Lärm, Staub und eine massive Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit werden befürchtet.

GEORG FINK

**SEEKIRCHEN.** Heiß her ging es bei der mündlichen Verhandlung mit der Bezirkshauptmannschaft für den von Felix Schmidhuber beantragten Schotterabbau im Seekirchner Ortsteil Grünberg bzw. Ried. Das lag nicht nur daran, dass rund 100 Anrainer den Saal in Schmidhubers Möbelwerkstätte füllten, sondern auch an den Emotionen.

Die Anrainer fürchten durch den beabsichtigten Schotterabbau in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft massive Beeinträchtigungen in ihrer Lebensqualität. Die ablehnende Haltung der Anwesenden wurde auch durch die Projektvorstellung nicht geringer. Schmidhuber möchte auf einer Fläche von 4,2 Hektar Schotter in den nächsten 17 Jahren abbauen, der Abtransport soll laut Antrag werktags zwischen 7 und 19 Uhr und samstags von 7 bis 13 Uhr erfolgen. Entlang des Aschgrabens ist eine rund 650 Meter lange Bergbaustraße geplant, davon sollen 100 Meter vor der Ausfahrt auf die Gemeindestraße asphaltiert werden. Im

Osten des Abbaubereichs ist ein Schutzwall für die nur 100 Meter entfernte Rieder Siedlung vorgesehen. Der vorgeschriebene Mindestabstand von 300 Metern zu Bauland kann laut Gesetz auf 100 Meter reduziert werden, wenn entsprechende Auflagen erfüllt werden. Allerdings stehen die nächstgelegenen Wohnhäuser



BILD: GEMEINDE

„Ich gehe davon aus, dass das Projekt nicht genehmigt wird.“

Monika Schwaiger, Bürgermeisterin

sein nur rund 50 Meter vom Abbaureal entfernt. Befürchtet wird auch eine Gefährdung des Grundwassers, weil eine ehemalige Mülldeponie unter der geplanten Bergbaustraße liegt. Auch ein angrenzendes Biotop sei gefährdet.

Neben der Staub und Lärmbelastung und der Wertminderung ihrer Grundstücke befürchten die Anrainer vor allem eine massive Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit auf der schmalen

Zufahrtsstraße, die den zahlreichen Kindern in der Rieder Siedlung auch als Schulweg dient. Die Straße führt einerseits zur Bahnhaltestelle Eugendorf, andererseits durch eine einspurige Bahnunterführung zur Obertrumer Landesstraße.

Bürgermeisterin Monika Schwaiger (ÖVP) und Vizebürgermeister Walter Gigerl (LeSe) betonten, dass die Gemeindestraße mit einer maximalen Breite von 5,20 Metern und versehen mit einer 16-Tonnen-Beschränkung nicht für den Schwerverkehr ausgerichtet sei. Die Seekirchner Gemeindevertretung hatte bereits vor der Behördenverhandlung eine einhellige negative Stellungnahme zum Projekt abgegeben. „Ich gehe davon aus, dass das Projekt nicht genehmigt wird. Der Schutz der Bevölkerung überwiegt die privatwirtschaftlichen Interessen“, sagt Bürgermeisterin Schwaiger.

Falls es doch zu einer Genehmigung komme, will die Gemeinde einen Katalog von Forderungen durchsetzen. Dazu zählen unter anderem eine Reifenwaschanlage, eine Schmutz-

schleuse für die Lkw oder eine Gewährleistung des Buslinienverkehrs. Die Gemeinde werde auch eine 50-km/h-Beschränkung erlassen und fordert die Einrichtung einer Beschwerdestelle durch den Betreiber. Der Betreiber müsse auch auf seine Kosten eine Beweissicherung bei allen Wohnobjekten durchfüh-



BILD: FINK

„Ich möchte eine fachliche und sachliche Abwicklung.“

Felix Schmidhuber, Unternehmer

ren, um spätere Schäden an den Gebäuden nachweisbar zu machen. Für Bürgermeisterin Schwaiger sind auch die angepeilten Betriebszeiten nicht akzeptabel: „Es darf maximal von 8 bis 17 Uhr gefahren werden und am Samstag gar nicht.“

Am Tag nach der mündlichen Verhandlung wollte Antragsteller Felix Schmidhuber nicht ins Detail gehen: „Wir haben alle Daten und Fakten auf den Tisch gelegt und müssen jetzt abwar-



Die Bahnunterführung, durch die auch die mit Schotter beladenen Lkw fahren sollen, ist nur einspurig befahrbar und verfügt nur über einen schmalen Gehsteig.

BILD: GEORG FINK



Erwin Neuhofer wohnt nur rund 50 Meter von der beantragten Abbaufäche entfernt und nah an der Straße, die die Lkw für den Schotterabtransport benutzen sollen.

BILD: GEORG FINK